

NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	03.07.2001
von:	16.00 Uhr
bis:	18.50 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Katz, Reinhilde
AM Klein, Marc - für Stv Elter, Uwe -
Stv Kleine, Sancho-Antonio - ab 17.57 Uhr w. TOP 7 -
AM Leonhardt, Traugott
Stv Rujanski, Detlef
Stv Sintzen, Gerlinde
AM Stinner, Gabriele - für AM Kesting, Stefan -

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm -
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
Stv Al-Omary, Falk
AM Beinghaus, Hans-Dieter - bis TOP 7 -
Stv Groß, Michael
AM Holdinghausen, Rolf - bis 18.00 Uhr -

AM Schneider, Martina
AM Schollmeyer, Wolfgang - für AM Gürke, Volker -
Stv Tielsch, Ingrid - ab 16.45 Uhr -

V. Als Zuhörer:

Stv Otto, Günter - bis 17.00 Uhr -

VI. Von der Verwaltung:

VA Dr. Jung
VA Liedtke
VA Büker
Stadtjugendpfleger Weber
VA Schnasse
VA Roth
VA Heiden
VA Ehring
Stl z. A. Runge
StAR Münker - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe
AM Kesting, Stefan
Stv Lauble, Wilhelm
AM Westerholt, Günter

Entschuldigt fehlten:

AM Dr. Czell, Gernot
AM Gräbener, Klaus

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Leonhardt bestimmt.

16. JHA 03.07.2001

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 17.05. und 29.05.2001

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

16. JHA 03.07.2001

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

16. JHA 03.07.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Namensgebung Projekt K 52

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.06.2001 -

Herr Groß erläutert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Frage der Namensgebung die Bürgerschaft einbinden möchte, da das Projekt K 52 unter maßgeblicher Beteiligung der Bevölkerung verwirklicht werden soll. Der Jugendhilfeausschuss sollte das Votum der Stadtteilkonferenz und der Bürgerschaft einholen.

Herr Schmidt verweist auf ein Schreiben des Bürgermeister vom 25.06.2001. Da-nach ist die Benennung von städt. Gebäuden in der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates nicht delegiert, d. h. nur der Rat kann eine abschließende Entscheidung treffen. In Absprache mit den GRÜNEN sollen im Antrag die Wörter „beschließen“ und „entscheiden“ in „Empfehlung“ abgeändert werden.

Herr Groß gibt bekannt, dass seine Fraktion die Rechtsposition der Verwaltung in dieser Frage nicht teilt, stimmt aber der Empfehlung zu.

Frau Sintzen merkt an, dass vor der Beratung der Namensgebung im Bezirksausschuss bereits ein Presseartikel veröffentlicht wurde. Dieser Bericht sei erschienen, ohne dass sich jemand an sie gewandt hat mit der Bitte, die Namensgebung zu-nächst zurückzustellen oder aber die Angelegenheit in der Stadtteilkonferenz vorab zu beraten. Bezüglich des Verfahrens hatte die Angelegenheit im Bezirksausschuss eine ausreichende Mehrheit gefunden und auch der Kulturausschuss hatte sich diesem Votum angeschlossen. Daher gibt es ihres Erachtens keine ausreichende Begründung dafür, das Thema erneut aufgreifen

Herr Rujanski schließt sich Frau Sintzen an. Er ging bisher davon aus, dass in solchen Fälle der Bezirksausschuss zuständig ist. Die SPD-Fraktion bedauert jedoch, dass sich dieser nicht mit der Stadtteilkonferenz in Verbindung gesetzt hat. Er gibt bekannt, dass die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen und sich enthalten wird.

Herr Groß merkt an, dass die Stadtteilkonferenz ein geeigneteres Gremium ist, als ein politisches. Er spricht sich dagegen aus, diese Frage nur in den Ausschüssen zu thematisieren und dort zu entscheiden, ohne das Votum der Bevölkerung einzuholen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen empfiehlt dem Rat, einen Wettbewerb zur Namensgebung für das Objekt „K 52“ unter Einbeziehung der Stadtteilkonferenz Heidenberg durchzuführen.

Der Jugendhilfeausschuss gibt dann eine Empfehlung zur Benennung der Einrichtung ab.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 5 dagegen, 5 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

16. JHA 03.07.2001

4.2 Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiter / Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa)

- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2001 -

Herr Schmidt weist darauf hin, dass es seit Anfang 2000 die Möglichkeit gibt, mit der JuLeiCa das ehrenamtliche Engagement zu würdigen. Er verweist auf die umliegenden Kommunen, wo bereits dementsprechende Schritte eingeleitet worden sind. Die

CDU-Fraktion wird die Einzelhändler und Aktionsringe in Siegen anschreiben und darum bitten, Ermäßigungen und Rabatte zu gewähren. Für die Stadt Siegen hält es die Fraktion für dringend erforderlich, diese Ermäßigungen und damit verbundene Würdigung der Arbeit einzuräumen. Die Darstellung im Haushaltsplan sollte so vorgenommen werden, dass die Ermäßigungen nicht zu Lasten der jeweiligen Einrichtungen geht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt ausdrücklich die Position der CDU, so Herr Groß. Er gibt zu bedenken, dass sich darüber hinaus viele Personen ehrenamtlich in der Jugendarbeit und im Sozialbereich engagieren. Der Antrag sollte daher um einen Punkt 5 ergänzt und die Verwaltung beauftragt werden, auch für die bislang nicht berücksichtigte Gruppe ehrenamtlich Tätiger im Sozial- und Jugendbereich eine vergleichbare Regelung zu erarbeiten. Die Kosten sollten im Interesse der Haushaltstransparenz in einer eigenen Haushaltsstelle dargestellt werden.

Herr Rujanski schließt sich Herrn Groß an. Im Jahr des Ehrenamtes soll ein Zeichen gesetzt werden. Die SPD-Fraktion wird sich dem Antrag einschließlich der Ergänzung anschließen.

Herr Schollmeyer begrüßt den Antrag und hält es für sinnvoll, über die Jugendleiter hinaus den Personen, die in ehrenamtlichen Bereichen tätig sind, Vergünstigungen zu geben. Er stimmt dem Verfahren und dem Antrag zu.

Herr Al-Omary vertritt dem gegenüber die Auffassung, dass im Prinzip eine Art verdeckter „Sozialhilfe“ für Jugendleiter geschaffen wird, welche im Rahmen der Budgetierung den anderen Fachbereichen gutgeschrieben werden müsste. Er kann nicht nachvollziehen, warum ausgerechnet Jugendleitern Rabatte gewährt werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist die Fraktion gegen eine solche Subventionierung.

Herr Dr. Rohr macht darauf aufmerksam, dass es bei einer Ausweitung auf das gesamte Ehrenamt zu erheblichen Einnahmefällen kommen würde. Er befürwortet die Einrichtung einer Haushaltsstelle im Bereich Soziales, woraus die Einnahmefälle erstattet werden.

Frau Klein ist dafür, dass ehrenamtliches Engagement durch solche Vergünstigungen anerkannt wird. Andererseits sollte genau geprüft werden, wer begünstigt werden soll.

Herr Groß teilt die vorgebrachten Bedenken hinsichtlich einer notwendigen Prüfung und erinnert an den eigentlichen Antrag, wonach die Verwaltung beauftragt werden soll, eine vergleichbare Regelung zu erarbeiten, welche im Detail noch ausgearbeitet werden muss.

Grundsätzlich unterstützt die UWG-Fraktion den Antrag, so Herr Otto. Jedoch sollte auf die Überschaubarkeit geachtet werden. Die Verwaltung ist gefordert, hier Überlegungen anzustellen.

Herr Rujanski unterstützt die Forderung von Herrn Groß, auch über andere Gruppen in einem zweiten Schritt zu beraten. Es muss aber auch eine Aussage darüber getroffen werden, wie dies finanziell geregelt werden kann.

Beschluss (Antrag der CDU-Fraktion mit Ergänzung der GRÜNEN):

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen wie folgt zu beschließen:

1. Den Inhabern der Jugendleiter Card wird bei folgenden Angeboten der Stadt Siegen eine einheitliche Ermäßigung von 25% eingeräumt:

- Kulturelle Veranstaltungen der Stadt Siegen (Theater, Konzerte, Unterhaltungsprogramme)
- Eintritte für die Hallen-, Brause-, Wanne- und Freibäder
- Eintritt in das Siegerlandmuseum
- Besuch von VHS-Kursen

Die Nutzung der Büchereien der Stadt Siegen ist für die Inhaber/innen der JuLeiCa kostenlos.

Die Inhaber/innen der JuLeiCa werden von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Siegen (z. B. für Beglaubigungen, Bescheinigungen, Genehmigungen) befreit.

2. Die Ermäßigung sollte die jeweilige städtische Einrichtung nach Vorlage der JuLeiCa in der Regel unmittelbar gewähren.
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine Erstattung der Einnahmeausfälle haushaltstechnisch erfolgen kann.
3. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, umgehend die notwendigen Änderungen der entsprechenden Benutzungs- und Gebührenordnungen vorzulegen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtjugendring Siegen mit Veranstaltern, Einzelhändlern und sonstigen Firmen weiter über Vergünstigungen für Inhaber/innen der JuLeiCa zu verhandeln und dem zuständigen Fachausschuss über die (Zwischen-)Ergebnisse Bericht zu erstatten.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auch für die bislang nicht berücksichtigte Gruppe ehrenamtlich Tätiger im Sozial- und Jugendbereich eine vergleichbare Regelung zu erarbeiten.

Die Kosten sollten im Interesse der Haushaltstransparenz in einer eigenen Haushaltsstelle dargestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

*Protokollanmerkung: Zu diesem Thema ist ein Schreiben des zuständigen
beigefügt:*

Ministeriums

16. JHA 03.07.2001

4.3 Personalsituation in der städt. Kindertageseinrichtung Gläserstraße

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.06.2001 -

Herr Groß hält die Personalsituation für äußerst bedenklich. Eine ordnungsgemäße Betreuung der Kinder ist gefährdet. Er erwartet, dass die halbe Fachkraftstelle umgehend eingerichtet und dass die Berufspraktikantenstelle nahtlos ab dem 01.08.2001 besetzt wird. Der Bedarf wird weder von der Verwaltung noch vom Personalrat bestritten.

Herr Dr. Rohr verliest in Auszügen eine Stellungnahme des Fachbereichs 2. Da-nach ist der Stellenplan Grundlage aller personalwirtschaftlichen Maßnahmen eines Jahres. Der Stellenplan für das Jahr 2001 sieht bislang die Errichtung einer zusätzlichen halben Stelle im Zuge der Freistellung der Leitungskraft für die Kindertageseinrichtung Gläserstraße nicht vor. Im Hinblick auf die Deckelung der Personalkosten ist die kurzfristige Errichtung einer zusätzlichen Mehrstelle mit der vorliegenden Beschlusslage zum Stellenplan 2001 und der haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht in Einklang zu bringen. Das Verfahren ist insoweit korrekt. Er würde sich, vorausgesetzt, der Ausschuss beschließt den Antrag, die Stelle zum 01.08. zu besetzen, mit dem Bürgermeister in Verbindung setzen, um eine Regelung zu finden. Die Praktikantenstelle kann zum 01.08.2001 mit einer Vorpraktikantin neu besetzt werden.

Herr Rujanski stellt fest, dass in Siegen mehr Praktikantenstellen zur Verfügung stehen als nachgefragt werden. Er unterstellt, dass die jetzige personelle Besetzung nicht das Optimale und Wünschenswerte ist, aber doch das im Rahmen der Betriebserlaubnis mögliche.

Die CDU-Fraktion sieht die fachliche Notwendigkeit für die Besetzung beide Stellen, so Herr Schmidt. Zur Freistellung der Leitungskraft führt er an, dass diese Frage mit dem Stellenplan 2002 entschieden werden sollte. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Ratsbeschluss zu Deckelung der Personalkosten.

Herr Löwenberg stimmt den Ausführungen von Herrn Rujanski zu. Eine städtische Einrichtung darf nicht besser oder schlechter gestellt werden, als die eines Freien Trägers. Der Ausschuss sollte sich für eine anteilige Freistellung ab 01.08.2001 aussprechen, da der Stellenplan i. d. R zu Beginn eines Jahres beschlossen wird, das Kindergartenjahr aber bereits ab 01.08. es Vorjahres beginnt.

Herr Groß weist darauf hin, dass eine Entscheidung im Rahmen des Stellenplanes 2002 zur Folge hätte, dass der Kindergarten ein ganzes Jahr ohne diese Kraft auskommen müsste. Dies sei nicht zumutbar. Die Verwaltung soll dem Bürgermeister diese Situation noch einmal nachdrücklich nahebringen.

Herr Dr. Jung verweist darauf, dass das Problem nicht finanzieller sondern rein stellenplantechnischer Art ist. Mit der Einrichtung ist abgesprochen dass es sich um eine Vorpraktikantenstelle handelt. Da in der Einrichtung voraussichtlich zwei Mutterschaftsfälle eintreten, hat sich die Lage zugespitzt. Die Stelle wird zum 01.08.2001 besetzt.

Ansichts vorstehender Aussage erklärt Herr Groß die Ziffer 2 des Antrags für erledigt.

Beschluss:

Die mit der Freistellung der Leitungskraft verbundenen Einrichtung der zusätzlichen halben Stelle einer Fachkraft wird umgehend bis zum 01.08.2001 realisiert.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 0 dagegen, 10 Enthaltungen

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

16. JHA 03.07.2001

5. Sachstandsbericht zu den Spiel- und Bolzplätzen in der Stadt Siegen und Festlegung der Prioritäten für Neubau und Renovierung

Vorlagenr. 1242/01 - Vorlage vom 11.05.2001 -

Herr Weber führt aus, dass der Zustand der Spielplätze kontinuierlich verbessert werden konnte, da genügend Mittel zur Verfügung stehen und die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und der Grünflächenabteilung gut funktioniert. Ergänzend zur Vorlage merkt er an, dass der Spielplatz Siegensteinkamm vor einigen Jahren auf Grund des schlechten Zustandes demontiert wurde. Zwischenzeitlich gibt es Hinweise, dass wieder ein Bedarf vorhanden ist. Er schlägt vor, den Spielplatz Siegensteinkamm in die Liste im Bereich der ersten drei Plätze aufzunehmen. Die finanziellen Mittel würden ausreichen. Er fasst zusammen, dass sich die Methode, Spielplätze zu bereisen und zu begutachten, bewährt hat.

Herr Rujanski betont, dass es trotz schwieriger finanzieller Situation gelungen ist, dieses überaus gute Ergebnis vorweisen zu können. Die SPD-Fraktion nimmt die Vorlage positiv zur Kenntnis. Er unterstreicht, dass die Ausbildungskolonnen des Grünflächenamtes einen erheblichen Anteil am Ergebnis hat.

Herr Groß verweist auf die politische Entscheidung, dass in diesem Bereich mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Daraus resultiert am Ende ein qualitativ hohes Ergebnis.

Beschluss (mit Ergänzung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt die Bewertungen der Spielplatzkommission zur Kenntnis und beschließt die vorgeschlagene Reihenfolge zu dem Neubau und der Renovierung von Spielplätzen unter Berücksichtigung der nachgetragenen Ergänzung zum Spielplatz Siegensteinkamm.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

16. JHA 03.07.2001

**6. Sachstandsbericht zur Reorganisation der Förderstrukturen für freie Träger innerhalb des FB 5 - Soziales, Familien, Jugend und Wohnen
- Darstellung der konzeptionellen und organisatorischen Schritte -**

Vorlagenr. 1244/01 - Vorlage vom 16.05.2001 -

Frau Sintzen merkt an, dass die Vorlage wenig Neues enthält und kein Vergleich zwischen den Aufgaben der Kommune und den der Freien Träger möglich ist. Aus Sicht der CDU-Fraktion ist zunächst eine Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit erforderlich.

Auch Herr Rujanski hält die Vorlage für nicht ausgereift. Verwaltungsseitig wurde bereits auf die Bedeutung des Innovationstopfes hingewiesen. In den vorausgegangenen Diskussionen wurde aber auch der Anspruch formuliert, die Notwendigkeit der Mittelgewährung grundsätzlich zu überprüfen. Dazu wird jedoch keine Aussage getroffen. Die SPD-Fraktion ist daran interessiert, aus politischer Sicht eine Richtung für das weitere Vorgehen vorzugeben. So sollte seines Erachtens nicht die Planungssicherheit der Träger, sondern die Prüfung der Zweckmäßigkeit und Effektivität der eingesetzten Mittel im Vordergrund stehen. Er beantragt, die Beratung als erste Lesung zu verstehen und den letzten Teil des Beschlussvorschlages zu streichen.

Auf die Frage von Herrn Löwenberg erläutert Herr Fischer, dass die Allgemeinen Bewilligungsbedingungen für die Gewährung von Zuschüssen als Geschäft der laufenden Verwaltung u. a. auf Basis der Gemeindehaushaltsverordnung, Förder Richtlinien etc. entwickelt wurden. Die neue Konstruktion für den Bereich Soziales, Jugend und Wohnen enthält

nunmehr Abweichungen vom allgemein gültigen Teil, um z. B. Trägern, die neue Einnahmemöglichkeiten entwickeln, mehr Freiraum und Sicherheit zu eröffnen.

Für Herrn Löwenberg sieht noch Beratungsbedarf bei einigen Punkten. Es ist z. B. nicht nachvollziehbar, in welcher Form die ordnungsgemäße und zweckmäßige Verwendung der Mittel nachgewiesen werden soll, da in der Vergangenheit auch Zuschüsse ohne Zweckbindung gewährt wurden. Nicht geklärt ist auch die Frage der Rücklagenbildung. Seines Erachtens ist die Abstimmung mit den Trägern noch nicht abgeschlossen.

Herr Fischer hält fest, dass in der Planungsgemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft in Beispielen die alten und neuen Richtlinien gegenübergestellt und diskutiert wurden. Insofern liegt nach Auffassung der Verwaltung ein abgestimmter Vorschlag vor, zumal von den Trägern keine weiteren Änderungen und keine anderen Vorstellungen geäußert wurden. Die Formulierung „Entwurf“ bedeutet, dass der Vorschlag von der PG und AG erarbeitet wurde und als solcher dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.

Herr Max merkt an, dass der Prozess bisher eng von der Planungsgemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft begleitet wurde. Für ihn ist jedoch nun ein Bruch im Verfahren festzustellen. Er hält es für erforderlich, dass sich die Verbände zunächst inhaltlich mit den Richtlinien auseinandersetzen. Diskussionsbedarf ist z. B. hinsichtlich des Innovationstopfes und eines besonderen Besitzstandsschutzes bei den ungebundenen Mitteln gegeben. Ein Spielraum kann seines Erachtens nicht durch Umschichtung sondern nur durch zusätzliche Mittel geschaffen werden, wenn im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe neue Wege beschritten werden sollen.

Herr Fischer macht deutlich, dass aus Sicht der Verwaltung der Abstimmungsprozess abgeschlossen ist und keine neue Beratungsrunde eröffnet werden sollte.

Herr Schmidt hält abschließend als Diskussionsergebnis fest, dass

- ◆ die Bestandsaufnahme Voraussetzung für das weitere Verfahren ist und
- ◆ die Richtlinien im Detail noch einmal in der Planungsgemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft erörtert werden sollen.

Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen, der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen, der Seniorenbeirat und der Ausländerbeirat des Rates der Stadt Siegen nehmen den Sachstandsbericht zur Reorganisation der Förderstrukturen für freie Träger innerhalb des Fachbereiches 5 "Soziales, Familien, Jugend und Wohnen" zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 0 dagegen, 5 Enthaltungen

16. JHA 03.07.2001

7. Sachstandsbericht Stadtteilbüro Heidenberg

Vorlagenr. 1245/01 - Vorlage vom 01.06.2001 -

Herr Dr. Rohr informiert über einen Antrag der SPD-Fraktion hat im Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen, die im Dezember 2001 auslaufende Stelle im Stadtteilbüro Fischbacherberg durch geeignete Maßnahmen über diesen Zeitraum hinaus zu erhalten. Die Stadtteilbüros Fischbacherberg und Heidenberg sind im Grunde kaum miteinander zu vergleichen. Beide Büros wurden nur auf Zeit eingerichtet. Das Büro Heidenberg hat seinen Ursprung in der präventiven Wohnungshilfeberatung. In diesem Bereich ist hervorragende Arbeit geleistet worden und es besteht weiterhin Bedarf. Er betont, dass daher bald eine Entscheidung fallen muss.

Herr Groß begrüßt den Sachstandsbericht, vermisst jedoch einen Bericht über den Stadtteil Fischbacherberg. Da die Fortführung beider Büros demnächst zur Entscheidung ansteht sollte auch für den Fischbacherberg ein Bericht vorgelegt werden, auf dessen Basis dann die Arbeit bewertet werden kann. Das Stadtteilbüro Heidenberg hat, gemeinsam mit der Bevölkerung und Politikern, das Projekt K 52 ermöglicht. Er dankt den Mitarbeitern ausdrücklich für ihr Engagement.

Frau Sintzen würdigt den Bericht und die Arbeit von Herrn Büker.

Die CDU-Fraktion möchte den Beschlussvorschlag dahingehend ändern, erklärt Frau Stinner, dass die Vorlage zunächst zur Kenntnis genommen wird. Für die künftigen Aufgaben insbesondere hinsichtlich Wohnen und Soziales besteht noch Beratungsbedarf.

Herr Groß macht darauf aufmerksam, dass die Stelle zum 31.03.2002 definitiv ausläuft und die Bürgerschaft nicht weiß, wie es weitergeht. Er hält eine Entscheidung in der nächsten Sitzung nach der Sommerpause für erforderlich.

Für Herrn Dr. Rohr ist dies der späteste Termin, da die Haushalts- und Stellenplanunterlagen in diesem Zeitraum verwaltungsintern erstellt werden. Er hält es für wichtig, dass das Votum des Ausschusses dann vorliegt.

Herr Schmidt hält fest, dass das Thema auf die Tagesordnung für die Sitzung im September gesetzt wird. Die zukünftigen Aufgaben des Stadtteilbüros möchte die CDU-Fraktion im Kontext mit dem Leistungsvertrag mit den Trägern sehen. Grundsätzlich bedarf es auch für den Bereich Heidenberg einer Reform der Struktur im Sozialamt in Anlehnung an das Angebot im KiJuFaz.

Herr Fischer macht deutlich, dass die Wohnungsfürsorge eine Aufgabe der Verwaltung und nicht die eines freien Trägers ist. Wichtig ist es, ein Bindeglied zwischen Bürgerschaft, Trägern und Verwaltung zu schaffen. Der Versuch, auf dem Fischbacherberg im Bereich einer sozialen Infrastruktur auch die Sozialverwaltung einzubinden, war von Beginn an da. Aus verschiedenen Gründen ist das Verfahren aufgegeben worden.

Herr Max betont, dass das Stadtteilbüro wichtige Basisarbeit leistet und die Existenz nicht aus rein finanziellen Gründen in Frage gestellt werden darf. Synergieeffekte können nicht dadurch erreicht werden, dass Aufgaben nur auf andere Träger übertragen werden.

Herr Groß verweist darauf, dass die Koordination des Angebotes nicht Bestandteil der Ausschreibung an die freien Träger war. Es besteht auch kein Auftrag an die Verwaltung in dieser Richtung Verhandlungen zu führen.

Herr Dr. Rohr hält fest, dass das Büro Fischbacherberg von der Verwaltung als Stadtteilmanagement mit dem Schwerpunkt Soziales angesehen wird. Die Federführung liegt hier beim Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen.

Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zu den bisherigen Aufgaben des Stadtteilbüros am Heidenberg zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 1 dagegen, 6 Enthaltungen

16. JHA 03.07.2001

8. **Siegener Richtlinien für geschlechterorientierte Kinder- und Jugendhilfe**

Vorlagennr. 1246/01 - Vorlage vom 18.06.2001 -

Aufgrund unvollständiger Unterlagen wurde der Punkt abgesetzt.

16. JHA 03.07.2001

9. **Bestandsaufnahme städtischer und außerstädtischer Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe und Sozialarbeit**

Vorlagennr. 1247/01 - Vorlage vom 16.05.2001 -

Herr Rujanski schlägt eine Konkretisierung des Beschlussvorschlages dahingehend vor, dass die Worte „weitere Schritte umzusetzen“ in „die Kurzbefragung durchzuführen und die Auswertung vorzustellen“ abgeändert werden.

Beschluss (gem. Änderungsvorschlag):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt das Konzept zur Bestandsaufnahme städtischer Einrichtungen / Maßnahmen der Jugendhilfe und die Einrichtungen / Maßnahmen der freien Träger in Siegen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Kurzbefragung durchzuführen und die Auswertung vorzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

16. JHA 03.07.2001

10. Fachplanung „Offene Kinder- und Jugendarbeit“

Vorlagenr. 1248/01 - Vorlage vom 18.06.2001 -

Herr Rujanski ist der Meinung, dass vor Beginn einer Gesamt-Fachplanung zu-nächst primär über den Bereich Weidenau nachgedacht werden sollte.

Herr Schollmeyer weist darauf hin, dass eine Fachplanung für Weidenau vorliegt. Die Umsetzungsmöglichkeiten scheitern nicht daran, dass keine Daten vorliegen. Er hält eine Fachplanung für die gesamte Stadt Siegen für erforderlich. Der Jugendhilfeausschuss ist aufgefordert, eine Richtung hinsichtlich der Frage aufzuzeigen, was offene Kinder- und Jugendarbeit in Siegen bedeuten soll.

Herr Dr. Jung macht darauf aufmerksam, dass die Fachplanung ein Bestandteil der Fördervoraussetzungen des Landesjugendplanes ist.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Fachplanung "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Siegen 2001/2002".

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

16. JHA 03.07.2001

11. Bericht über den Haushaltsvollzug

Vorlagenr. 1249/01 - Vorlage vom 15.06.2001 -



Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug 2001 - 31. März / 30. Juni 2001 - zur Kenntnis.

16. JHA 03.07.2001

12. Förderanträge außerhalb des Haushaltes 2001

Vorlagenr. 1250/01 - Vorlage vom 06.06.2001 -

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Frau Peter an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Groß ist mit dem Beschlussvorschlag nicht einverstanden. Er weist darauf hin, dass mit den geplanten Maßnahmen viel erreicht werden kann und beantragt, entsprechende Mittel außerplanmäßig bereit zu stellen. Zur Begründung verweist er auf einen Verwaltungsvorschlag zur letzten Sitzung des Rates, der Gesellschaft für Stadtmarketing zusätzliche Gelder für den Weihnachtsmarkt bereit zu stellen.

Herr Dr. Rohr macht deutlich, dass selbst bei einer Ablehnung des Verwaltungsvor-schlages die Anträge nur positiv beschieden werden können, wenn die Mittel zur Verfügung stehen.

Abstimmung (über den Verwaltungsvorschlag):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen lehnt die in der Vorlage genannten Förderanträge ab.

Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür, 9 dagegen, 1 Enthaltung

Abstimmung (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen spricht sich dafür aus, für die in der Vorlage aufgeführten Projekte Haushaltsmittel außerplanmäßig bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 3 dagegen, 6 Enthaltungen

16. JHA 03.07.2001